

Stellungnahme des DBSH Landesverbands NRW zur Streichung des Arbeitsbereichs „Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies“ an der Universität Köln

Köln, 03.12.2025

Mit großer Bestürzung und tiefem Unverständnis reagiert der DBSH Landesverband NRW auf die Ankündigung der Universität zu Köln, den Arbeitsbereich „Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies“ an der Humanwissenschaftlichen Fakultät zum Jahr 2026 vollständig zu streichen. Die Nachricht wurde ausgerechnet am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung bekannt gegeben – einem Tag, der eigentlich gesellschaftliche Teilhabe, Inklusion und die Stärkung der Rechte behinderter Menschen hervorheben soll. Dass an eben diesem Tag ein zentraler wissenschaftlicher Bereich der Disability Studies abgeschafft werden soll, ist ein fatales Signal.

Ein herber Verlust für Wissenschaft, Praxis und Inklusion

Der betreffende Arbeitsbereich sowie die Internationale Forschungsstelle Disability Studies (iDiS) haben seit 2004 – maßgeblich geprägt durch Prof. Dr. Anne Waldschmidt – wegweisende Arbeit geleistet. Die iDiS gilt bundesweit und international als eine der bedeutendsten Einrichtungen, die gesellschaftliche Strukturen, Machtverhältnisse und Barrieren im Leben behinderter Menschen wissenschaftlich reflektiert und kritisch begleitet.

Die geplante Streichung bedeutet:

- den Verlust eines der wenigen akademischen Orte in Deutschland, an dem Disability Studies systematisch betrieben und gelehrt werden;
- den Wegfall einer Professur, die sich explizit der kritischen, emanzipatorischen Betrachtung von Behinderung widmet;
- die Schwächung eines Forschungsfeldes, das gerade für die Soziale Arbeit elementar ist – denn Inklusion, Selbstbestimmung und Menschenrechte gehören zu unseren professionellen Grundlagen;
- einen direkten Einschnitt für Mitarbeitende, Forschende und Studierende, die nun Perspektiven und Kontinuität verlieren.

Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten ausdrücklich allen Beschäftigten der iDiS, die diese wichtige Arbeit über Jahre hinweg aufgebaut und getragen haben.

Sparmaßnahmen dürfen nicht auf dem Rücken vulnerabler Gruppen passieren

Stellungnahme

Die Universität zu Köln begründet die Streichung mit Sparauflagen des Landes NRW. Der DBSH NRW erkennt die Belastung öffentlicher Haushalte an – dennoch ist klar:

Wenn Kürzungen dazu führen, dass die Perspektiven behinderter Menschen aus Forschung, Lehre und öffentlicher Debatte verschwinden, dann untergräbt das Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft.

In Zeiten, in denen Ableismus, Ausgrenzung und soziale Ungleichheit zunehmen, braucht es mehr kritische Wissenschaft zu Behinderung und Teilhabe – nicht weniger.

Gerade Disability Studies sind unverzichtbar, um:

- diskriminierende Strukturen sichtbar zu machen,
- wissenschaftliche Impulse für Inklusionspolitik zu liefern,
- angehende Fachkräfte in Sozialer Arbeit, Rehabilitation, Pädagogik und Politik auszubilden,
- Betroffenenperspektiven zu stärken und gesellschaftliche Barrieren abzubauen.

Ein fatales politisches und gesellschaftliches Signal

Die Entscheidung sendet weit über die Universität hinaus ein hochproblematisches Signal:

Wissenschaft und Forschung im Bereich Behinderung gelten offenbar als verzichtbar.

Dies steht im klaren Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), denen Bund und Länder verpflichtet sind – insbesondere hinsichtlich Teilhabe, Barrierefreiheit und der Verpflichtung, Wissen über Behinderung zu fördern.

Am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung wird damit nicht Wertschätzung, sondern Abwertung kommuniziert. Das ist inakzeptabel.

Unsere Forderungen

Der DBSH Landesverband NRW fordert daher:

1. Die sofortige Rücknahme der Streichungsentscheidung und eine transparente Neubewertung der Planung unter Beteiligung der Betroffenen.
2. Die dauerhafte Sicherung der Professur und des Arbeitsbereichs Disability Studies, inklusive adäquater Finanzierung und Personalstruktur.
3. Eine öffentliche Stellungnahme des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft NRW, wie die Streichung mit den Zielen der UN-BRK vereinbar sein soll.
4. Den Dialog mit Studierenden, Mitarbeitenden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um nachhaltige Lösungen zu entwickeln.

Wir stehen solidarisch an der Seite der iDiS und aller Betroffenen

Der DBSH NRW wird sich weiterhin aktiv dafür einsetzen, dass Disability Studies in NRW und bundesweit ihren notwendigen Platz in Wissenschaft, Praxis und gesellschaftlicher Debatte behalten.

Stellungnahme

Wir stehen solidarisch an der Seite der Mitarbeitenden, der Studierenden, der Selbstvertretungsorganisationen und aller, die sich für eine inklusive, gerechte Gesellschaft einsetzen.

Die Streichung dieses Arbeitsbereichs gefährdet die Qualität der Lehre, die Zukunft der Forschung und vor allem die Rechte behinderter Menschen. Das darf nicht hingenommen werden.